



EUROPÄISCHE ZENTRALBANK

PRESSEKONFERENZ

Donnerstag, 2. Februar 2006

EINLEITENDE BEMERKUNGEN

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich möchte Sie zu unserer Pressekonferenz willkommen heißen und Sie nun über die Ergebnisse der heutigen Sitzung des EZB-Rats informieren, an der auch Kommissar Almunia teilnahm.

Auf der Grundlage unserer regelmäßigen Analyse der wirtschaftlichen und monetären Entwicklung haben wir beschlossen, die **Leitzinsen der EZB** unverändert zu belassen. Wir sind zugleich zu dem Schluss gelangt, dass die jüngsten Informationen aus der wirtschaftlichen Analyse unsere Einschätzung der Aussichten für die Preisentwicklung und die Wirtschaft im Euro-Währungsgebiet weitgehend untermauern und dass das Geldmengen- und Kreditwachstum nach wie vor kräftig und die Liquiditätsversorgung weiterhin reichlich ist. Vor diesem Hintergrund werden wir Wachsamkeit üben, um die feste Verankerung der langfristigen Inflationserwartungen auf einem Niveau zu gewährleisten, das mit Preisstabilität vereinbar ist. Eine solche Wachsamkeit ist auch aufgrund der im historischen Vergleich über das gesamte Laufzeitenspektrum hinweg niedrigen nominalen und realen Zinssätze und des insgesamt akkomodierenden geldpolitischen Kurses geboten. Damit die Geldpolitik auch weiterhin einen Beitrag zur Unterstützung von Wachstum und Beschäftigung im Euroraum leisten kann, müssen die Inflationserwartungen fest verankert sein.

Gestatten Sie mir nun, unsere Einschätzung näher zu erläutern.

Was zunächst die **wirtschaftliche Analyse** betrifft, so stützen die aktuellen Daten weiterhin das Konjunkturszenario, das in den von Experten des Eurosystems erstellten Projektionen vom Dezember 2005 enthalten ist. Damit ist unsere Einschätzung der Wachstumsaussichten im Euroraum weitgehend bestätigt worden. Die Konjunktur hat in der zweiten Jahreshälfte 2005 an Fahrt und an Breite gewonnen, und den jüngsten Indikatoren und Umfrageergebnissen zufolge scheint sich diese

Entwicklung – unter Berücksichtigung der üblichen Volatilität vierteljährlicher Wachstumsraten – im Großen und Ganzen fortgesetzt zu haben. Mit Blick auf die Zukunft sind die Voraussetzungen für ein anhaltendes Wirtschaftswachstum in den kommenden Quartalen weiterhin gegeben. Das außenwirtschaftliche Umfeld ist günstig und stützt die Exporte des Eurogebiets. Die Investitionstätigkeit dürfte hoch bleiben und von einer längeren Phase sehr günstiger Finanzierungsbedingungen, von Bilanzrestrukturierungen sowie akkumulierten und anhaltenden Ertragszuwächsen und einer gesteigerten Effizienz der Unternehmen profitieren. Das Konsumwachstum sollte im Einklang mit der Entwicklung des verfügbaren Realeinkommens vor dem Hintergrund einer sich allmählich verbessernden Lage am Arbeitsmarkt im Zeitverlauf zunehmen. Diese Aussichten für die Konjunkturentwicklung werden auch durch die verfügbaren Prognosen bestätigt.

Auf der außenwirtschaftlichen Seite dominieren nach wie vor Abwärtsrisiken für das Wirtschaftswachstum, die sich vor allem aus den anhaltend hohen und volatilen Ölpreisen und der Besorgnis über weltwirtschaftliche Ungleichgewichte ergeben.

Was die Preisentwicklung betrifft, so ging die jährliche Teuerung nach dem HVPI im Dezember auf 2,2 % zurück, verglichen mit 2,3 % im November und 2,5 % im Oktober. Auf kurze Sicht könnten die jährlichen Inflationsraten, insbesondere vor dem Hintergrund des erneuten Anstiegs der Energiepreise und einiger Basiseffekte, wieder etwas zunehmen. Auf längere Sicht könnten sich allmählich indirekte Auswirkungen der zurückliegenden Ölpreissteigerungen auf andere Komponenten des Preisindex einstellen. Ein Aufwärtsdruck auf die HVPI-Inflation dürfte ebenfalls von bereits angekündigten Änderungen der administrierten Preise und indirekten Steuern ausgehen. Unterdessen hat sich die Lohnentwicklung in den letzten Quartalen weiter in Grenzen gehalten und es wird angenommen, dass dies vorerst so bleibt, worin sich vor allem der weltweite Wettbewerbsdruck widerspiegelt. Insgesamt stehen die derzeit verfügbaren Informationen weitgehend mit dem Szenario im Einklang, das in den im Dezember 2005 von Experten des Eurosystems erstellten Projektionen hinsichtlich der HVPI-Inflation in diesem und im nächsten Jahr enthalten ist.

Es bestehen nach wie vor Aufwärtsrisiken bezüglich dieser Aussichten für die Preisentwicklung in Form weiterer Ölpreissteigerungen, eines stärker als derzeit erwarteten Durchschlagens der Ölpreise auf die Verbraucherpreise, zusätzlicher Erhöhungen bei den administrierten Preisen und indirekten Steuern und – noch entscheidender – möglicher Zweitrundeneffekte auf das Lohn- und Preissetzungsverhalten. Es ist daher von entscheidender Bedeutung, dass die Tarifpartner auch bei einem günstigeren wirtschaftlichen Umfeld weiterhin ihrer Verantwortung gerecht werden.

Wie die **monetäre Analyse** zeigt, ist die Jahreswachstumsrate von M3 nach wie vor robust, wenngleich sie sich im Dezember weiter abschwächte. Diese Abschwächung ist teilweise darauf zurückzuführen, dass offenbar eine erneute Umkehrung früherer Portfolioumschichtungen eingesetzt

hat; dies wirkt sich dämpfend auf das statistisch ausgewiesene M3-Wachstum aus. Die Trendrate der monetären Expansion bleibt jedoch kräftig und spiegelt den stimulierenden Einfluss des niedrigen Zinsniveaus wider. Insbesondere die Ausweitung der liquidesten Komponenten von M3 ist weiterhin sehr robust, und die Jahreswachstumsrate der Kreditvergabe an den privaten Sektor hat sich weiter erhöht. Besonders rege ist die Nachfrage nach Hypothekarkrediten, was bedeutet, dass die Entwicklung am Wohnimmobilienmarkt genau beobachtet werden muss. Insgesamt weist das starke Geldmengen- und Kreditwachstum angesichts der bereits üppigen Liquiditätsausstattung im Euro-Währungsgebiet auf mittel- bis längerfristige Risiken für die Preisstabilität hin.

Die wirtschaftliche Analyse deutet alles in allem darauf hin, dass die indirekten Folgen früherer Ölpreisanstiege und die bereits angekündigten Änderungen der administrierten Preise und indirekten Steuern in den kommenden Jahren einen Aufwärtsdruck auf die jährliche HVPI-Inflation ausüben dürften. Überdies zeigt sie, dass auf mittlere Sicht nach wie vor Aufwärtsrisiken für die Preisstabilität bestehen. Die **Gegenprüfung** der Ergebnisse der wirtschaftlichen Analyse anhand jener unserer monetären Analyse spricht dafür, dass Wachsamkeit geboten ist, um zu gewährleisten, dass es auf mittlere bis längere Sicht nicht zu Risiken für die Preisstabilität kommt. Es ist in der Tat von zentraler Bedeutung, dass sich solche Risiken nicht auf die mittel- und langfristigen Inflationserwartungen auswirken, die fest auf einem Niveau verankert bleiben müssen, das mit Preisstabilität im Einklang steht. Dies ist eine Voraussetzung dafür, dass die Geldpolitik einen dauerhaften Beitrag zu einem nachhaltigen Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum leisten kann.

Im Bereich der **Finanzpolitik** deuten die jüngsten Angaben darauf hin, dass einige Länder wie auch das Euro-Währungsgebiet insgesamt im Jahr 2005 etwas besser als erwartet abgeschnitten haben. Vor dem Hintergrund des zunehmenden Wirtschaftswachstums gewinnt eine entschlossene Konsolidierung der öffentlichen Haushalte nun immer mehr an Bedeutung. Insbesondere Länder, die ein übermäßiges Defizit aufweisen, müssen diese Chance nutzen, um ihre Haushaltsungleichgewichte entschieden und nachhaltig zu verringern. Damit würde das im Stabilitäts- und Wachstumspakt verankerte finanzpolitische Regelwerk der EU erheblich gestärkt. Eine Verzögerung des Konsolidierungsprozesses wäre auf kurze Sicht verfehlt und auf längere Sicht riskant. Die Anpassungsbemühungen sollten auf glaubwürdigen und konkreten Maßnahmen fußen, die Teil eines umfassenden Konsolidierungsprogramms sind. Mehreinnahmen, die sich aus einem unerwartet starken Wirtschaftswachstum oder anderen Faktoren ergeben, sollten für eine zügigere Senkung der Defizite eingesetzt werden. Auf diese Weise könnten die Fehler der Vergangenheit, als eine lockere Finanzpolitik in guten Zeiten zum hartnäckigen Fortbestehen der Haushaltsungleichgewichte beigetragen hatte, vermieden werden.

Was die **Strukturreformen** angeht, erörterte der EZB-Rat eine Reihe von Fragen im Zusammenhang mit dem Dienstleistungssektor im Euroraum. Tätigkeiten im Dienstleistungsbereich spielen in anderen Wirtschaftszweigen eine wichtige Rolle als Inputfaktor; auf solche Tätigkeiten entfällt ein großer und

steigender Anteil der Produktion und Beschäftigung im Euroraum - in den vergangenen Jahren waren es je rund 70 %. Angesichts der zunehmenden Bedeutung des Dienstleistungssektors steht die Notwendigkeit der Gewährleistung eines vollständig integrierten Binnenmarkts für Dienstleistungen in der Europäischen Union ganz oben auf der politischen Agenda Europas. Strukturreformen mit dem Ziel der Verstärkung des Wettbewerbs an den EU-weiten sowie an den internationalen Dienstleistungsmärkten würden es den Unternehmen ermöglichen, von Skaleneffekten zu profitieren, und dürften zu Effizienzsteigerungen führen. Dies würde zu einem höheren Niveau und einem kräftigeren Wachstum der Arbeitsproduktivität im Dienstleistungsbereich führen, die Dynamik der Wirtschaft ankurbeln und mehr Arbeitsplätze schaffen. Zudem könnte ein verstärkter Wettbewerb am Dienstleistungsmarkt preisdämpfend wirken und zum Abbau der Preisstarrheit in einigen Bereichen des Dienstleistungssektors beitragen. Insgesamt würde die Öffnung des Dienstleistungssektors für neue Akteure die Dienstleistungsmärkte tendenziell effizienter und flexibler machen, Anpassungsprozesse erleichtern und die Widerstandskraft des Euroraums gegenüber wirtschaftlichen Schocks erhöhen. Dies würde Wirtschaftswachstum und Beschäftigung auf längere Frist stützen.

Wir sind nun gerne bereit, Ihre Fragen zu beantworten.

Europäische Zentralbank
Abteilung Presse und Information
Kaiserstraße 29, D-60311 Frankfurt am Main
Tel.: +49 (69) 13 44-7455 • Fax: +49 (69) 1344-7404
Internet: www.ecb.int
Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.